

DIE SPITZE

Halbwertzeit

Als »CSU-Rebellin« Gabriele Pauli forderte, Ehen automatisch auf sieben Jahre zu begrenzen, dachte jeder, sie wolle nur mit Gewalt mal wieder in die Schlagzeilen. Und folge dabei der Erfolgsregel, dass hohle Gefäße mehr Klang erzeugen als gefüllte. Vielleicht steckt aber mehr dahinter. Zum Beispiel der Gedanke, dass das ganze Leben nur noch eine geringe Halbwertzeit hat. Schließlich hat Paulis Parteifreund, CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble, gerade prophezeit, es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann Terroristen einen Anschlag mit Atomwaffen verüben. Dass der Innenminister uns gleichzeitig riet, gelassen zu bleiben und uns »die verbleibende Zeit« nicht mit »Weltuntergangsstimmung« zu verderben, hat uns sehr beruhigt. Möglicherweise erleben wir den Atomangriff ja auch gar nicht mehr. Weil die Union vorher durchgesetzt hat, dass die Atomenergie wieder ausgebaut wird und wir Opfer eines »Störfalls« werden. Oder weil wir in einem entführten Passagierflugzeug sitzen, das Verteidigungsminister Franz Josef Jung von der Luftwaffe abschließen lässt, um dadurch die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« zu schützen. Wir wollen natürlich, dass dies erst gar nicht passiert. Darum sollte die Amtszeit für Politiker, die Dinge an die Wand malen wie Jung oder Schäuble, automatisch enden – nicht erst nach sieben Jahren.

AUTOMOBILKONFERENZ

Jobmotor Klimaschutz

Umweltschutz und Arbeitsplätze sind kein Widerspruch. Im Gegenteil. Klimaschonende Technologien können zum Jobmotor werden. Beschäftigung in der Automobilindustrie wird langfristig gesichert, wenn Autos dem wachsenden Umweltbewusstsein der Menschen entsprechen.

Die gemeinsame Konferenz von IG Metall und dem Branchenverband VDA anlässlich der Internationalen Automobilausstellung IAA in Frankfurt war eine Premiere. Dabei ging es um die richtige Klimastrategie, eine bessere Kraftstoffeffizienz und wie man diese Ziele im Sinne der Beschäftigten umsetzen kann.

Nach den Vorgaben der EU soll der Ausstoß von Kohlendioxid pro Kilometer bis 2012 auf 120 Gramm begrenzt werden. Die IG Metall befürwortet eine Staffelung des CO₂-Ausstoßes nach Fahrzeugklassen. Sie fordert von der EU eine umfassende Strategie zur Verringerung der Emissionen. Neue Antriebstechnologien, bessere Kraftstoffe sowie auch integrierte Verkehrssysteme müssten stärker gefördert werden, sagte Jürgen Peters, der Erste Vorsitzende der IG Metall, auf der Automobilkonferenz in Frankfurt. Es sei Aufgabe der Hersteller, die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um die festgelegten Grenzwerte fristgerecht zu erreichen.

Beim Klimaschutz nehme die deutsche Autoindustrie eine technologische Spitzenposition ein. Dieses Potenzial gelte es zu nutzen, um die Beschäftigung in der Branche zu sichern, von der jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland abhängt. Peters warnte vor dem zunehmenden Einfluss von Finanzinvestoren. Die High-Tech-Branche Automobilindustrie sei »kein Spielball für Finanzakteure auf der Suche nach dem schnellen Euro«.

Beim Klimaschutz nehme die deutsche Autoindustrie eine technologische Spitzenposition ein. Dieses Potenzial gelte es zu nutzen, um die Beschäftigung in der Branche zu sichern, von der jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland abhängt. Peters warnte vor dem zunehmenden Einfluss von Finanzinvestoren. Die High-Tech-Branche Automobilindustrie sei »kein Spielball für Finanzakteure auf der Suche nach dem schnellen Euro«.

AUSBILDUNG

Petition zeichnen!

Der Bundestag soll einen Rechtsanspruch auf Berufsausbildung im Grundgesetz beschließen. Die Petition ist von den Landesschülervertretungen eingereicht worden. Rechtsanspruch und Petition werden vom DGB und von der IG Metall unterstützt. Die Petition kann bis zum 10. Oktober 2007 online auf der Internetseite des Bundestags unterzeichnet werden.

www.jugend.igmetall.de

Ist der Server überlastet oder kein Zugriff auf das Internet vorhanden, hilft das Ressort Jugend beim IG Metall-Vorstand weiter:

Tel.: 069 / 6693-2295

Fax.: 069 / 6693-2020

LEIHARBEIT

Höheres Entgelt

DGB und der Zeitarbeitsgeberverband IGZ haben sich auf neue Tarife für Leiharbeiter geeinigt. In Westdeutschland erhöht sich das Entgelt bis zum 1. November 2009 stufenweise von heute sieben auf 7,51 Euro.

In Ostdeutschland steigt das Entgelt zum 1. November auf 7,15 Euro, ab April 2008 auf 7,31 Euro. Verleiher im Osten dürfen den Lohn aber bis zu 13 Prozent absenken.

Erklärt Bundesarbeitsminister Franz Müntefering die Zeitarbeitstarife demnächst für allgemeingültig, gelten die neuen Tarife früher. DGB und Arbeitgeber haben das beantragt.

17

Inhalt

METALLZEITUNG:

Trotz Einzelversand weiter im Betrieb

SEITE 2

AUSBILDUNG:

Azubis werden ausgenutzt

SEITE 3

GEWERKSCHAFTSTAG:

Entschließungen und Anträge

SEITE 4

THEMEN IN LEIPZIG:

Mehr Profil und Kampagnen

SEITE 5

STICHWORT:

Rating-Agentur

SEITE 6

ARBEIT UND RECHT:

Mitbestimmung bei längerer Arbeit

SEITE 7

INFOS UND TIPPS

SEITE 8

Seit September bekommt jedes Mitglied die metallzeitung nach Hause geschickt. direkt fragte Betriebsräte und Vertrauensleute:

Wie findet ihr es, dass alle Mitglieder die metallzeitung jetzt per Post bekommen?

»Wenn als Grund für die zukünftige Postzustellung mangelnde Zeit der Betriebsräte oder Vertrauensleute für die persönliche Verteilung der metallzeitung erhalten muss, dann bedeutet das doch nichts anderes, als dass es nicht mehr möglich ist, mit den Kolleginnen und Kollegen ein Gespräch zu führen. Was bleibt dann noch?«

Thomas Bollmann, Vertrauensmann, Audi, Neckarsulm

»Ich finde es sehr gut, dass die metallzeitung jetzt jedem Mitglied nach Hause geschickt wird. Da können sich die Vertrauensleute um mehr andere Sachen kümmern. Auch ist es gut, dass noch einige Exemplare in die Betriebsratsbüros geschickt werden, denn dann können die Exemplare im Foyer ausgelegt werden. So haben auch andere Leute – zum Beispiel Besucher – die Möglichkeit, sich über die Gewerkschaft zu informieren und bekommen vielleicht einen Denkanstoß, Mitglied in der IG Metall zu werden.«

Günter Becker, Vertrauensmann, Mahle Ventiltrieb, Wölfersheim

»Dass die metallzeitung jetzt nach Hause geschickt wird, finde ich total verkehrt. Ich bin im Betriebsrat in einer kleinen Metallfirma in Sachsen-Anhalt. In der Regel ist es hier so, dass die Belegschaften in den letzten Jahren auf ein Minimum reduziert wurden. Hinzu kommt, dass es in Betrieben sehr selten freigestellte Betriebsräte oder Vertrauensleute gibt. Darum fällt die persönliche Verteilung der Zeitung noch mehr ins Gewicht. Hierbei wurden Gespräche geführt und so manches Problem was die Kollegen bedrückte, ihnen auf dem Herzen lag, konnte gleich aus der Welt geschafft werden. Durch die Verteilung hatte ich immer einen direkten Draht zu den Kollegen und ihren Fragen und Meinungen. Das wird es jetzt leider nicht mehr geben. Jeder wird für sich in seinem stillen Kämmerlein zu Hause sitzen und die Zeitung lesen. Eine Gewerkschaft wie die IG Metall lebt aber von der Kommunikation mit und unter den Kollegen. Diese Entscheidung ist ein Verlust für alle Mitglieder.«

Mario Becker, BR-Vorsitzender, WDI-Drahtwerk, Staßfurt

»Dass die metallzeitung jetzt jedes Mitglied per Post bekommt, finde ich gut. Bei uns im Betrieb gibt es nämlich so viele interne Informationen an den Infoständen, dass die metallzeitung oft unterging. Auch wenn einige Vertrauensleute es vielleicht bedauern, dass es keine persönliche Verteilung mehr gibt: Auch die Tatsache, dass man jemandem die Zeitung in die Hand gedrückt hat, war kein Garant dafür, dass diese auch wirklich gelesen wurde.«

Ralf-Michael Scholz, Vertrauensmann, BMW AG, München

»Ein wichtiges Werkzeug«

Seit September bekommt jedes IG Metall-Mitglied die metallzeitung nach Hause geschickt.

Diese Entscheidung hat sich der Vorstand der IG Metall nicht leicht gemacht. Jahrzehntelang haben Vertrauensleute die Zeitung an die Mitglieder im Betrieb verteilt. Während die einen dankbar sind, diese Zeit jetzt für andere Aufgaben nutzen zu können, beklagen sich die anderen, ihnen sei ein wichtiges Werkzeug aus der Hand genommen worden. Für sie war die Betriebsverteilung eine willkommene Gelegenheit, mit den Kolleginnen und Kollegen in Kontakt und Diskussion zu treten.

Trotz dieser Tatsache gibt es viele Vorteile durch die Postzustellung. So ist seit September garantiert, dass jedes betriebliche Mitglied zwölf Mal im Jahr ein Exemplar seiner Zeitung bekommt. Das ist gerade für Mitglieder wichtig, die in kleinen Betrieben arbeiten, weil es dort möglicherweise gar keine Betriebsräte oder Vertrauensleute gibt, die die Zeitung verteilen.

Was viele in den Betrieben nicht wissen: Die metallzeitung kann nach wie vor in die Betriebe geschickt werden. Allerdings nicht in dem Umfang wie bisher.

Hier die wichtigsten Fragen und Antworten zum Betriebsversand:
Was sind die Voraussetzungen für einen Betriebsversand?

Im Betrieb muss es einen konkreten Ansprechpartner für die Verteilung oder Auslage, also einen Verantwortlichen geben.

Kann der Betriebsversand auf Dauer sein?

Ja. Aber nur in einer geringen Auflage und wenn das ausdrücklich vom Betrieb gewünscht wird.

Gibt es hierfür bei der IG Metall einen Ansprechpartner?

Seit der Umstellung gibt es in jeder Verwaltungsstelle eine Vertriebsbeauftragte oder einen -beauftragten. Sie sind für Fragen rund um das Thema Betriebsversand und Adresspflege zuständig.

Kann der Betriebsversand auch zeitlich befristet werden?

Ja, zum Beispiel bei betrieblichen Aktionen, wie »Tag der offenen Tür für neue Azubis«, Frauentag oder dergleichen.

Gibt es für die metallzeitung auch neue Aufsteller?

Zur Präsentation gibt es Boden-, Tisch- oder Thekenaufsteller sowie Plakate zur Bewerbung der neuen metallzeitung. Die Materialien gibt es kostenlos über die Vertriebsbeauftragten in den Verwaltungsstellen.

Ab Januar 2008 sollen mit der metallzeitung auch zielgruppenspezifische Informationen geliefert werden. Was ist darunter zu verstehen?

Das können unterschiedliche Materialien sein die sich zum Beispiel nur an Jugendliche, Frauen oder Senioren richten. Diese Infos werden dann der metallzeitung beigelegt und nur diesen Personen zugestellt.

Einige bekommen mehr als eine metallzeitung geschickt, weil im Haushalt mehrere Mitglieder leben. Kann das geändert werden?

Ja. Personen, die das betrifft: Bitte eine kurze Nachricht an die zuständige Verwaltungsstelle schicken. Oder per Brief, Fax oder E-Mail an: IG Metall Vorstand, Ressort Vertrieb, 60519 Frankfurt, Telefax 069/6693-2538, E-Mail: vertrieb@igmetall.de. **Achtung:** Diese Umstellung erfolgt auf Dauer. Bei Aus- oder Umzug eines Mitglieds bekommt der übrige Teil der Familie keine Zeitung mehr zugestellt.

IMPRESSUM

direkt - Der Infodienst der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler
IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantwortl. i. S. d. P.), Chefredakteurin: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069/66 93-22 24, Fax: 069/6693-25 38, vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt
Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 06151/8127-0, Fax: 06151/809398, schledz@zweiplus.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION: 069/6693-2633 · FAX: 069/6693-2000 · DIREKT@IGMETALL.DE
Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Azubis werden zunehmend ausgenutzt

Der aktuelle »Ausbildungsreport 2007« des DGB belegt, dass viele Betriebe ihre Azubis ausnutzen statt ausbilden.

Über 4 000 Auszubildende in den 25 wichtigsten Berufen hat der DGB befragt. Die Ergebnisse sind alarmierend – gerade in Zeiten, in denen zunehmend Facharbeiter fehlen. So gaben 42 Prozent der Auszubildenden an, dass sie regelmäßig Überstunden leisten müssen. Im vergangenen Jahr lag der Anteil noch bei 34 Prozent.

Für den DGB sind die Überstunden ein Anzeichen, dass vor allem Ausbildungsinhalte vernachlässigt werden. »Auszubildende sind nicht dazu da, Auftragsspitzen abzufangen«, warnt die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Dass die Qualität der Ausbildung zu wünschen übrig lässt, zeigt auch die oft unzulängliche Anleitung. Fast jeder dritte Azubi gab an, nur »manchmal«, »selten« oder »nie« angeleitet zu werden.

AEVO wieder in Kraft setzen

Angesichts der Mängel verlangt der DGB, die frühere Ausbildereignungsverordnung (AEVO) umgehend wieder in Kraft zu setzen. Die AEVO war vor vier Jahren ausgesetzt worden, weil sie angeblich Betriebe vom Ausbilden abhält. »Unverantwortlich«, kritisiert Ingrid Sehrbrock diesen Verzicht auf Qualitätsstandards, »Ausbilderinnen und Ausbilder müssen mehr

können als ihren Beruf.« Beim Ranking der untersuchten Ausbildungsberufe schnitten Industriemechaniker am besten ab. »Wer sich für diesen Beruf entscheidet, hat gute Chancen, dass fachliche Anleitung, Ausbildungsinhalte und Vergütung stimmen«, lobt der DGB-Report.

nicht hinausgekommen. Grund: Viele Azubis berichteten von Überstunden und ausbildungsfremden Tätigkeiten.

Dass viele Auszubildende angesichts solcher Mängel nicht gerade optimistisch sind, wundert da kaum. Nur 16,8 Prozent der befragten Auszubildenden rechnen nach



Illustration: Klaus Esper Müller

Dafür fanden sich bei IT-Systemspezialisten, Fachinformatikern und Elektronikern unverhofft Defizite. Vor allem Fachinformatiker beklagten die mangelnde fachliche Anleitung. Folglich landeten diese Berufe nur im Mittelfeld statt in der Spitze wie im vergangenen Jahr. Über einen Platz im Mittelfeld ist auch der Kfz-Mechatroniker

der Ausbildung mit einer Übernahme. Ein Jahr zuvor waren es noch 22 Prozent. »Der Aufschwung scheint sich nicht gerade positiv auf die Situation der Auszubildenden auszuwirken«, analysiert DGB-Vorstandsmitglied Sehrbrock die Missstände. »Sie müssen mehr arbeiten und ihre Zukunftsperspektiven bleiben ungewiss.«

SOZIALTESTAT

Gegen Dumping

Das Sozialtestat der IG Metall im Textilen Dienstleistungsgewerbe setzt sich durch. Rund 20 Betriebe wurde die Sozialverträglichkeit bescheinigt. Betriebsräte der Metallindustrie und anderer Branchen können die Aktion gegen Dumping unterstützen. Bei der Auftragsvergabe etwa für die Reinigung von Arbeitskleidung können sie nachhaken, ob die Wäscherei sozialtestiert ist und Tariflöhne zahlt. Wenn nicht, sollte die Kundenbeziehung abgelehnt werden.

Extranet

Kfz-Handwerk: alle aktuellen Infos

»Aufstehen für den Kfz-Flächentarifvertrag« war das Motto der ersten Bundeskonferenz der regionalen Tarifkommissionen im Kfz-Handwerk. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig: Es gibt keine Alternative zu Flächentarifverträgen. Jetzt geht es darum, gegen die Tariffucht vorzugehen.

Dazu gibt es Informationen und Materialien im Extranet: Berichte

und Reden der Bundeskonferenz, Flugblätter und Aktionen aus den Bezirken, die Resolution der regionalen Tarifkommissionen an den Zentralverband des Kfz-Gewerbes und alle Landesinnungsverbände, Präsentationen und Argumente zu »Tarifgemeinschaften« sowie auch Tarifabschlüsse, das Branchenmagazin und Infos zu den Handwerkskammern.

Extranet: extranet.igmetall.de

Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

► Der komplette Ausbildungsreport: www.dgb-jugend.de/broschüren
Preis: ein Euro

Eine verkürzte Online-Version des Reports gibt es kostenlos unter: www.dgb.de

► Extranet: Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst. Dieser Dienst der IG Metall weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseartikel, liefert eine Infografik, stellt neue Rechtsentscheidungen vor und enthält außerdem einen Servicetipp.

Ein großes Themenspektrum in Leipzig

Der 21. ordentliche Gewerkschaftstag rückt immer näher. Motto und Leitbild lauten »Zukunft braucht Gerechtigkeit«. 501 Delegierte werden in Leipzig die Weichen für die nächsten vier Jahre der IG Metall stellen.

Die inhaltliche Vorbereitung und Antragstellung ist jetzt abgeschlossen. Die Delegierten werden sieben Entschließungen und über 500 Anträge zur Satzung und Anträge zu den Entschließungen diskutieren. Die Entschließungen und Anträge umfassen die ganze Bandbreite der für die IG Metall relevanten Themen.

Bis Anfang Mai mussten die Anträge eingegangen sein. Inhaltlich bezogen sie sich auf die Themen und Thesen zu Entschließungen, die der Vorstand bereits 2006 beschlossen hatte. Die Themen und Thesen haben orientierenden Charakter. Sie sollten die Antragsstellung erleichtern und die Beratung der Anträge vorstrukturieren. Dadurch sollte eine breite Beteiligung sichergestellt werden.

Seit August liegen die Anträge und Entschließungen in veröffentlichter Form vor. Bereits jetzt ist erkennbar, dass der Gewerkschaftstag thematisch ein breites Themenspektrum abdecken wird. Die Anträge sind zu Themengruppen zusammengefasst, über die die

Delegierten ausgiebig diskutieren werden. Die Antragstellung ist ein mehrstufiges Verfahren, in dem gewährleistet ist, dass jeder gestellte Antrag auch dem Gewerkschaftstag zur Diskussion vorgelegt wird. Zu jedem Antrag gibt es eine Empfehlung der Antragsberatungskommission. Derzeit laufen die Vorbesprechungen der Delegierten in den Bezirken, bei denen die Argumentation abgestimmt wird.

Mehr als die Summe der Teile

Die Entschließungen bilden die thematisch zugeordneten Anträge ab und stellen sie in einen Gesamtkontext. Die Entschließungen sind daher mehr als die Summe ihrer Teile. Sie transportieren die grundlegende programmatische Position der IG Metall. Es gibt grundsätzlich folgende Formen,

wie über einen Antrag auf dem Gewerkschaftstag entschieden wird: Der Antrag wird angenommen oder abgelehnt. Der Antrag wird angenommen als Material zur Entschließung, er ist erledigt durch die Entschließung, er wird angenommen als Material an den Vorstand oder er wird angenommen in geänderter Fassung.

Welchen Stellenwert die inhaltliche Positionierung der IG Metall auf dem Gewerkschaftstag genießt, ermisst man allein daran, dass die Antragsberatung von Mittwoch bis Samstag im Mittelpunkt steht. Es ist Aufgabe und Verantwortung der Delegierten, darüber zu entscheiden, wie sich die IG Metall zu den grundlegenden Herausforderungen positionieren will und welche Ziele sie in den kommenden Jahren ins Zentrum ihrer Arbeit rücken wird.

► **Anträge an den Gewerkschaftstag können folgende Gremien stellen: die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstellen, der Vorstand der IG Metall, der Kontrollausschuss, der Angestellten-, der Frauen-, der Jugend-, der Handwerks- und der Ausländerausschuss beim Vorstand der IG Metall.**

Die Verteilung der Anträge

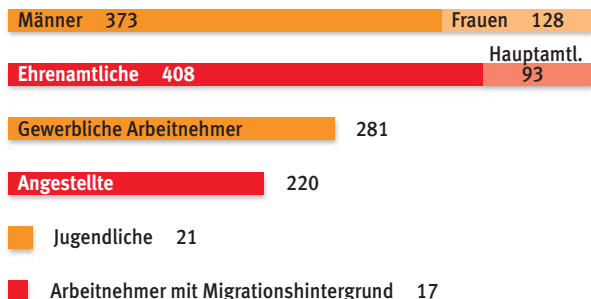
So viele Anträge wurden zu den einzelnen Entschließungen gestellt:

- Gesellschaftspolitik/allgemeine Gewerkschaftspolitik: 76 Anträge
- Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: 24 Anträge
- Tarifpolitik: 98 Anträge
- Sozialpolitik: 74 Anträge
- Betriebs- und Mitbestimmungspolitik: 41 Anträge
- Organisations- und Mitgliederentwicklung, Organisationspolitik: 100 Anträge
- Bildung- und Qualifizierung: 78 Anträge

DIE DELEGIERTEN

SIE VERTRETEN DIE IG METALL

Die 501 Delegierten des 21. Gewerkschaftstages:



Quelle: IG Metall

Die Delegierten des Gewerkschaftstages tragen große Verantwortung. Sie bestimmen die politische Weichenstellung der IG Metall für die nächsten vier Jahre.

Von der Gewerkschaftsbasis gewählt

Insgesamt 501 Delegierte werden auf dem Gewerkschaftstag die Vielfalt der IG Metall-Mitglieder repräsentieren. 128 Delegierte sind Frauen, 373 Männer. 408 Delegierte sind ehrenamtlich, 93 sind hauptamtlich. 21 Delegierte sind Jugendliche, 17 Delegierte sind Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund. Davon sind zwei Delegierte aus Österreich, drei aus Griechenland, drei aus Italien, sieben aus der Türkei und zwei aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Die Meldung der Delegierten und ihrer Stellvertreter erfolgte bis spätestens 31. März. Als Delegierte, deren Stellvertreter und Stellver-

treterinnen sind nur solche Mitglieder wählbar, die mindestens 36 Monate ununterbrochene Gewerkschaftszugehörigkeit nachweisen können. In besonderen Fällen können jugendliche Mitglieder mit mindestens zwölfmonatiger Mitgliedschaft als Delegierte gewählt werden. Jugendlischer ist laut Satzung, wer zum Stichtag 7. November noch nicht 27 ist. Die Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter sowie Stellvertreterinnen erfolgte in geheimer Abstimmung in den Delegiertenversammlungen der Verwaltungsstellen. Bis November zum Gewerkschaftstag stimmen sie sich noch einmal ab.

Den Dialog suchen und das Profil schärfen

Jeder Gewerkschaftstag entwickelt seine eigene spannende Dynamik. Den Diskussionen vorgreifen zu wollen, wäre Kaffeesatzleserei. Es gibt jedoch deutliche Signale dafür, dass die IG Metall wieder mehr Profil zeigen und ihre Kampagnenfähigkeit zum Beispiel beim Thema Rente mit 67 und beim Kampf zur Eindämmung der Leiharbeit verstärken will.

Ausgewählte Themen aus den Entschlüssen und Anträgen:

► **Kampagnenfähigkeit:** Um den politischen Einfluss der IG Metall zu stärken, wird in Entschlüsselung eins vorgeschlagen, strategische Allianzen mit gesellschaftlichen Organisationen, Bewegungen und Initiativen für neue gesellschaftliche Mehrheiten zu bilden und den interessenorientierten Dialog mit Parteien und den Bundestagsfraktionen weiterzuentwickeln.

► **Alterssicherung:** Die IG Metall lehnt die Erhöhung des Renteneintrittsalters ab, weil sie kein taugliches Mittel zur Stabilisierung ist (Entschlüsselung vier). Die IG Metall fordert, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach 40 Versicherungsjahren mit Vollendung des 60. Lebensjahres ohne Abschläge aus dem Berufsleben ausscheiden können.

► **Innere Sicherheit:** Eine Reihe von Anträgen kritisieren den Umbau des Bundesgrenzschutzes zu einer überall einsetzbaren »Bundespolizei«, die es nicht geben darf, weil Polizei laut Grundgesetz Ländersache ist. Außerdem werden die geplante Änderung des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr nach Innen und der massive Umbau des Staates abgelehnt.

► **Tarifpolitik:** Das Verhältnis von Tarifpolitik zur Betriebspolitik und der weitere Umgang mit dem Pforzheimer Abkommen hat viele Antragsteller beschäftigt. Angriffe auf den Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie sind mit Nachdruck zurückzuweisen. Der Flächentarifvertrag soll als Gestaltungsinstrument weiter entwickelt werden. Die Umsetzung des neuen tariflichen Rahmens für die Bewertung von Arbeit und Leistung (Era)

bietet die Chance, Tarifpolitik betriebsnah zu gestalten. Vielfach wird die Forderung nach Mindestlöhnen laut. Bei der Arbeitszeit dürfe es bei Abweichungen keine weitere Verlängerung der Arbeitszeit geben. Vielmehr sollten die Beschäftigten mehr Arbeitszeit-souveränität erhalten.

Rechtsextremismus

Mehrere Antragsteller fordern, dass die IG Metall sich dafür stark machen soll, gemeinsam mit dem DBG ein neues Verbotverfahren gegen die NPD auf den Weg zu bringen. »Die NPD muss mit-samt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden«, heißt es beispielsweise.

In die gleiche Richtung gehen Anträge, die darauf abzielen, die Arbeit gegen Faschismus, Rassismus und Rechtsextremismus zu verstärken. Die Verwaltungsstellen sollen Initiativen und Bündnisse unterstützen, die neofaschistische Organisationen zurückdrängen.

► **Altersteilzeit:** Ein gleitender Altersübergang muss auch in Zukunft zu akzeptablen Bedingungen möglich sein. Deshalb fordern eine Reihe von Verwaltungsstellen, dass die Altersteilzeit auch über 2009 hinaus gefördert wer-

den muss. Dafür sind zuverlässige gesetzliche Rahmenbedingungen erforderlich. Auf dieser Basis soll die IG Metall Tarifvertragsregelungen weiterentwickeln und deren Umsetzung in den Betrieben begleiten.

► **Finanzmarktkapitalismus:** Um das Ausbluten von Unternehmen zu verhindern, sollen laut einigen Anträgen gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Der politische Einfluss der IG Metall auf die Bundesregierung und auf Europäischer Ebene soll in dieser Frage geltend gemacht werden. Wichtiges Ziel ist es, Arbeitnehmerrechte bei Fonds-Beteiligungen zu sichern.

► **Klimadiskussion:** Die IG Metall soll sich angesichts der drohenden Klimakatastrophe für den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen. In neuen Technologien liegen große Beschäftigungspotenziale, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen nachhaltig beitragen können.

► **Projekt »Gute Arbeit«:** Stress und Leistungsdruck in der Arbeitswelt haben ein weithin nicht mehr vertretbares Maß erreicht. Die Arbeitgeber stellen die Humanisierungserfolge der Vergangenheit in Frage. Viele Antragsteller wünschen sich daher die Verlängerung und Verstärkung des Projekts »Gute Arbeit«, weil richtige Ansätze wie Prävention und ein menschenzentrierter Leistungsbegriff darin zum Ausdruck kommen. Die Handlungsansätze von »Gute Arbeit« soll die IG Metall auch künftig als Arbeitsfeld fortführen.

Die Sorge wegen Leiharbeit treibt viele um

In vielen Anträgen wird die Zunahme von prekärer Beschäftigung beklagt. In der entsprechenden Entschlüsselung zur Tarifpolitik heißt es: »Strategisch nutzen Unternehmen die Leiharbeit längst nicht mehr nur als Flexibilitätsinstrument. Vielmehr werden immer mehr reguläre Aufgaben des regelmäßigen Geschäfts und der Kernbereich durch Leiharbeit abgewickelt. Die IG Metall setzt sich zum Ziel, den Anteil der in Leiharbeit Beschäftigten zu begrenzen und die Bedingungen für Leiharbeiter an die tariflichen Bedingungen der jeweiligen Branche heranzuführen. Die IG Metall wird versuchen, verstärkt im Bereich der Leiharbeit Fuß zu fassen, um mit organisatorischer und Betriebspolitischer Stärke bessere Regulierungen durchzusetzen. Befristete Arbeitsverhältnisse sind einzudämmen. Die IG Metall tritt für Arbeitsverhältnisse ein, die existenzsichernd sind.«

► *Die Entschlüsselungen und Anträge zum 21. Gewerkschaftstag kann man detailliert nachlesen. Die 218 Seiten starke Broschüre gibt es gegliedert nach Themen und Anträgen – zum Lesen, Herunterladen und Ausdrucken im Extranet unter: extranet.igmetall.de*

► *Aussteller auf dem Gewerkschaftstag: Über 100 einzelne Veranstalter, davon 40 externe Anbieter, sind auf dem Gewerkschaftstag mit einem eigenen Stand vertreten. Das Interesse ist diesmal größer als in der Vergangenheit.*

Drei Privatunternehmen entscheiden weltweit darüber, wie kreditwürdig Unternehmen oder auch ganze Staaten sind. Die Rating-Agenturen Standard & Poor's,

wurden, in den vergangenen Jahrzehnten. Seit Banken ihre Kredite verkaufen, um die Risiken zu streuen, wurde der Kreditmarkt immer unübersichtlicher. Kaum einer weiß noch, welche Risiken in den Bilanzen lauern. Da die Finanzaufsicht damit zunehmend überfordert war, nutzten die Rating-Agenturen diese Marktlücke und bauten ihre Vormachtstellung auf den Finanzmärkten aus.

Probleme, denn als Privatunternehmen leben sie von ihren Kunden. Für ein Rating zahlen aber nicht die Anleger, die einem Unternehmen Kredit gewähren oder Finanzmarktprodukte kaufen. Es sind die Unternehmen selbst, die ihr eigenes Rating bestellen und bezahlen. Zwar verweisen die Agenturen darauf, dass sie von ihrem guten Ruf leben und sich Fehleinschätzungen deshalb gar nicht leisten können. Doch ihr Versagen bei den vergangenen großen Krisen hat ihnen bislang nicht geschadet.

... Rating-Agentur

Eine ausführliche Übersicht über die Ereignisse auf den internationalen Finanzmärkten und die Rolle der Rating-Agenturen hat die »Financial Times Deutschland« auf ihrer Internetseite zusammengestellt: www.ftd.de/rating

Moody's und Fitch bewerten die Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden nach Noten, die von AAA (sehr gute Zahlungsfähigkeit) bis D (zahlungsunfähig) reichen. Doch nicht nur Unternehmen oder Staaten zahlen für das Urteil der Rating-Agenturen. Auch Banken lassen ihre Finanzmarktprodukte, wie beispielsweise Kredite, von ihnen bewerten.

Vom Urteil der Rating-Agenturen hängt ab, ob und zu welchen Konditionen jemand einen Kredit bekommt oder zu welchem Preis sich Finanzprodukte verkaufen lassen. Davor drücken kann sich niemand. Denn ein fehlendes Rating macht Anleger mindestens genauso misstrauisch wie eine schlechte Bewertung.

An Macht gewannen die Rating-Agenturen, die mit Ausnahme von Standard & Poor's bereits Anfang des 20. Jahrhundert gegründet

Seit in den USA der Hypothekenmarkt zusammenbrach, stehen die Agenturen in der Kritik. Politiker und Finanzmarktakteure geben ihnen eine Mitschuld, weil sie zu spät reagiert hätten und dann durch Absenken ihrer Noten die Kurse einbrechen ließen. Doch die aktuelle Finanzkrise ist nicht die erste, die die Rating-Agenturen kalt erwischte. Ihre Bilanz für die großen Krisen der vergangenen Jahre fällt vernichtend aus: Sie haben keine einzige vorgehensehen.

Ein Problem sind nach Einschätzung von Experten die Methoden der Agenturen. Sie funktionierten nur in wirtschaftlich ruhigen Zeiten. Für Krisen taugen die Methoden der Rating-Agenturen nicht. Auch ein Interessenkonflikt bei den Finanzkontrolleuren schafft

Für Unternehmen könnte die Krise um faule Kredite dann brenzlich werden, wenn sie vor allem von Fremdkapital abhängen. Zum Beispiel dann, wenn sie sich im Besitz von Finanzinvestoren befinden.

Um die Macht der Rating-Agenturen zu beschränken, muss nach Ansicht von Wirtschaftsexperten der IG Metall die Finanzaufsicht wieder gestärkt werden. Außerdem sollten Finanzmarktgeschäfte stärker reguliert werden, etwa durch höhere Eigenkapitalanforderungen. Denn wenn es weniger riskante Geschäfte gibt, ist auch die Rolle der Rating-Agenturen nicht mehr so entscheidend.

BIKE SYSTEMS

Soli-Fahrräder

Die Beschäftigten der besetzten Bike Systems-Fabrik in Nordhausen wollen zeigen, dass sie kostendeckend Fahrräder bauen können. Seit zwei Monaten halten die Nordhäuser ihre Fabrik besetzt. Sie wollen verhindern, dass der Besitzer, der US-Investor »Lone Star«, Maschinen wegschaffen kann. Jetzt nehmen sie die Produktion in die eigene Hand. Eine Woche lang sollen Damen- und Herrenräder, Typ »Strike Bike«, gebaut werden. Die »Solidaritäts-Fahrräder« haben drei Gänge und Rücktritt. Preis: 275 Euro. Die Besetzer brauchen 1800 verbindliche Bestellungen auf Vorkasse, und zwar bis zum 2. Oktober. Gehen zu wenig Bestellungen ein, wird das Geld zurücküberwiesen.

► Hier können die Solidaritäts-Fahrräder bestellt werden:
»Bikes in Nordhausen e.V.«
Bruno-Kunze-Str. 39
99734 Nordhausen
E-Mail: fahrradwerk@gmx.de
Tel.: 03631/62 21 24
Fax: 03631/62 21 70

► Gegen Vorkasse an:
Jürgen Metz, Erfurt
Deutsche Kreditbank
Konto-Nr.: 40 03 54 46
BLZ 120 300 00
Verwendungszweck:
»Strike.Bike«

AUDI/ADECCO

Gleiches Geld

IG Metall und Adecco haben für Leiharbeiter bei Audi in Ingolstadt Löhne auf dem Niveau der bayerischen Metall- und Elektroindustrie vereinbart. Audi-Leiharbeiter erhalten demnach in den ersten drei Monaten 13,70 Euro Stundenlohn, anschließend 14,43 Euro. Bei jeder Tarifierhöhung steigen die Sätze der Leiharbeiter mit. Der Audi-Betriebsrat hatte die Leiharbeiter von Anfang an unterstützt und darauf geachtet, dass deren Anteil an der Stammbesetzung höchstens fünf Prozent beträgt. Jörg Schlagbauer, IG Metall-Vertrauenskörperleiter: »Eine vernünftige Bezahlung und die Beschränkung der Anzahl der Leiharbeiter ist für uns Voraussetzung für die Beschäftigung von Zeitarbeitnehmern.«

UMFRAGE

Sozial ungerecht

82 Prozent der Deutschen finden die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland ungerecht. Dies ergab eine Umfrage der Berliner Humboldt-Universität im Auftrag der Zeitschrift »Geo«. Zudem hat das Ungerechtigkeitsempfinden deutlich zugenommen. 84 Prozent der Befragten halten heute die Einkommensunterschiede für zu groß. Im Jahr 2000 waren es noch 65 Prozent. Kritisiert werden besonders die hohen Managergehälter: Statt dem 123-fachen des Durchschnittseinkommens sei allenfalls das 34-fache angemessen.

Die Umfrage zeigt auch, dass »soziale Gerechtigkeit« ein wichtiges Thema ist. 85 Prozent der Befragten sagen, dass sie öffentlich und privat darüber diskutieren.

ALTERSTEILZEIT

Bei Täuschung haftet Chef für Schaden

Ein Tarifvertrag kann vorschreiben, dass ein Wertguthaben aus einer Altersteilzeit gegen die Gefahr einer Insolvenz abgesichert wird. Behauptet der Geschäftsführer einer GmbH in einem solchen Fall fälschlich er habe dies getan, kann er schadensersatzpflichtig werden (nach § 823 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch in Verbindung mit § 263 Strafgesetzbuch).

Wenn der Betriebsrat auf Grund einer Betriebsvereinbarung das Recht hatte, den Nachweis der Insolvenzversicherung zu verlangen und der Geschäftsführer den Betriebsrat getäuscht hatte, kann das ein Betrug sein. Wenn dem betroffenen Arbeitnehmer ein Schaden entsteht, weil sein Guthaben nicht gegen Insolvenz gesichert war, haftet der Geschäftsführer persönlich dafür.

Die Sozialrechtler der IG Metall empfehlen Arbeitnehmern darum, sich selbst beim Arbeitgeber zu bestätigen zu lassen, dass ihre Guthaben gegen Insolvenz gesichert sind. Das sollten sie am besten gleich mit dem Abschluss des Altersteilzeitvertrags tun. Die Bestätigung des Arbeitgebers sollten sie »hinreichend« dokumentieren, um nicht später in Beweisschwierigkeiten zu geraten. *BAG vom 13. Februar 2007 – 9 AZR 207/06*

LEIHARBEIT

Mitbestimmung bei Austausch

Wenn eine Zeitarbeitsfirma einen schon eingestellten, in den Betrieb eingegliederten, Leiharbeiter gegen einen anderen austauscht, ist das eine Einstellung nach § 99 BetrVG. Damit ist sie mitbestimmungspflichtig. Dies gilt auch dann, wenn nur die Überlassung einer bestimmten Zahl von Arbeitnehmern und ihre Qualifikation zwischen Ver- und Entleiher vereinbart wurde.

LAG Hessen vom 16. Januar 2007 – 4 TaBV 203/06

KONZERNBETRIEBSRAT

Bei Irrtum übernimmt Unternehmen Kosten

Das Amt des Konzernbetriebsrats endet, wenn die Voraussetzungen für ihn dauerhaft entfallen. Das ist der Fall, wenn der Konzern nicht mehr besteht, weil das herrschende Unternehmen seinen beherrschenden Einfluss verloren hat. Wird ein Konzernbetriebsrat etabliert, weil der Konzernbegriff falsch verstanden wurde, ist er von Anfang an rechtlich nicht existent. Er erwirbt keine betriebsverfassungsrechtlichen Befugnisse.

Entstanden ihm Kosten (die er für erforderlich halten durfte), kann er vom herrschenden Unternehmen unter bestimmten Bedingungen verlangen, davon freigestellt zu werden (§ 59 Abs. 1, § 40 Abs. 1 BetrVG). Und zwar dann, wenn nicht offensichtlich war, dass kein Konzern bestand, und die übrigen Voraussetzungen für einen Konzernbetriebsrat vorlagen.

BAG vom 23. August 2006 – 7 ABR 51/05

AUFHEBUNGSVERTRAG

Bei Täuschung ist Anfechten erlaubt

Bei einem Betriebsübergang können Arbeitsverhältnisse wirksam durch Aufhebungsvertrag aufgelöst werden. Und zwar dann, wenn damit das endgültige Ausscheiden beschlossen wird, keine Arbeitsunterbrechung. Dies gilt auch, wenn zugleich ein Übertritt des Arbeitnehmers in eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft vereinbart wird.

§ 613 a BGB schützt nur vor einer Vertragsänderung ohne sachlichen Grund. Es schützt nicht vor einem einvernehmlichen Beenden des Arbeitsverhältnisses ohne sachlichen Grund. Der Aufhebungsvertrag kann aber nach § 123 Abs. 1 BGB angefochten werden, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer vorgespiegelt hat, der Betrieb solle geschlossen werden, in Wahrheit jedoch ein Betriebsübergang geplant war.

BAG vom 23. November 2006 – 8 AZR 349/06

ALTERSVORSORGE

Mitbestimmung bei Unterstützungskasse

Eine Unterstützungskasse, die Arbeitnehmern betriebliche Altersversorgung zusagt, ist eine Sozialeinrichtung im Sinne des § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG. Der Betriebsrat bestimmt über ihre Ausgestaltung mit. Er beteiligt sich daran, die Grundsätze aufzustellen, nach denen die Mittel der Trägerunternehmen an die Arbeitnehmer verteilt werden.

Die Betriebsparteien können in einer Gesamtbetriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung festlegen, dass sie gilt, bis sie eine neue abschließen. Eine solche Festlegung bindet nicht nur Arbeitgeber und Gesamtbetriebsrat. Sie setzt auch eine Norm für die Ansprüche der begünstigten Arbeitnehmer.

Wenn Betriebsvereinbarungen über die betriebliche Altersversorgung abgelaufen sind, wirken sie aber nicht nach (nach § 77 Abs. 6 BetrVG). Denn sie betreffen nicht die erzwingbare Mitbestimmung, sondern sind nur teilmitbestimmt. *LAG München vom 8. Mai 2007 – 11 Sa 720/06 (Revision eingelegt)*

TEILZEIT

Mitbestimmung bei längerer Arbeit

Die betriebsübliche Arbeitszeit bei Teilzeitbeschäftigten ist ihre regelmäßige individuelle Arbeitszeit. Deren vorübergehende Verlängerung ist mitbestimmungspflichtig. Vorübergehend ist eine Verlängerung, wenn für einen überschaubaren Zeitraum vom sonst maßgeblichen Zeitvolumen abgewichen wird. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats besteht nicht nur, wenn der Arbeitgeber die vorübergehende Verlängerung einseitig anordnet, sondern auch, wenn sie mit einem Arbeitnehmer vereinbart wird. Die Mitbestimmung setzt aber einen kollektiven Tatbestand voraus. Ein solcher ist gegeben, wenn zu regeln ist, ob Mehrarbeit geleistet werden soll.

BAG vom 24. April 2007 – 1 ABR 47/06

► **Buchtip:**
»Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz«:
Der juristische Kommentar der Autorin Inge Böttcher stellt die seit Januar 2007 geltenden Regelungen ausführlich dar. Zum Beispiel: Welche Rolle spielt die Berufstätigkeit der Partner/innen? Wann gibt es Bonuszahlungen? Wie berechnet sich die Höhe des Elterngelds im Einzelfall? Die Broschüre ist im Bund-Verlag erschienen und kostet 24,90 Euro.

TERMINE

10. Oktober

Die internationale Vernetzung in vielen Bereichen der Produktion nimmt zu. Ebenso Drohungen, Standorte zu verlagern. Für die Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe, Europa stärker in die politische Praxis einzubeziehen. Unter dem Titel »Einmal Lissabon und zurück? Gewerkschaften und Europa« veranstaltet die IG Metall einen Workshop, in dem gezeigt werden soll, welche positiven Ansätze es bereits gibt und wie eine gewerkschaftliche Interessenvertretung europaweit aufzubauen ist.

Tagungsort: Vorstandsverwaltung der IG Metall, Frankfurt.

Die Veranstaltung fällt unter § 37,6 BetrVG.

Anmeldung und weitere Informationen unter:

► www.extranet.igmetall.de → Service → Termine

TIPP

► **Spielerisch das Arbeitsrecht erlernen:** Wie oft darf ein befristetes Arbeitsverhältnis höchstens verlängert werden? Müssen neue Jobs grundsätzlich innerbetrieblich ausgeschrieben werden? Das Kartenspiel »Wo ist der Chef« von Annette Becker, Betriebsrätin in Göttingen, beantwortet die wichtigsten Fragen des Arbeitsrechts. Und wer am Schluss die »Chefkarte« in der Hand hat, verliert. Mit diesem Kartenspiel können Betriebsräte (und diejenigen, die es werden wollen) ihr Wissen in Bezug auf elementare Fragen des Arbeitsrechts trainieren. Das Spiel kostet sechs Euro und kann bestellt werden bei: Annette Becker, Knobbenweg 8, 37170 Uslar, Tel. 05571/915238, E-Mail: betriebsratsspiel@freenet.de. Mehr Infos zum Spiel: ► www.betriebsrat-aergere-dich-nicht.de

MATERIAL

► **Mitbestimmung:** Der Mittelstand ist durchaus offen für die betriebliche Mitbestimmung. So lautet das Ergebnis einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung. In der Broschüre »Betriebsräte und Mittelständler« hat die IG Metall die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst. Download unter:

► www.extranet.igmetall.de
→ Branchen → Klein- und Mittelbetriebe → Studien

ZITATE

»Noch besser wäre eine CSU-Mitgliedschaft, die nach sieben Jahren endet.«

Miriam Gruß, bayerische FDP-Bundestagsabgeordnete über den Pauli-Vorschlag, Ehen auf sieben Jahre zu befristen

STELLENANGEBOTE

Die Verwaltungsstelle **Siegen** sucht eine/n

politische/n Sekretär/in.

Aufgaben: Betriebs- und Mitgliederbetreuung. Gewerkschaftliche Jugendarbeit und Handwerk. Nach der Einarbeitung sollen weitere Aufgaben übernommen werden.

Anforderungen: Abgeschlossene Berufsausbildung. Traineeprogramm der IG Metall. Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Umfassende betriebsverfassungs-, arbeits-, sozial- und tarifrechtliche Kenntnisse. Praktisches Wissen (Betriebserfahrung), das durch entsprechende weitere Ausbildung auch theoretisch ergänzt wurde.

Bewerbungen: Bis 20. Oktober an: IG Metall Siegen, z.H. Hartwig Durt, Donnerscheidstraße 30, 57072 Siegen. Telefon 0271/23 609-19.

Die Verwaltungsstelle **Herford** sucht befristet eine/n

politische/n Sekretär/in.

Aufgaben: Betreuung von Betrieben überwiegend in der Holz- und Kunststoffindustrie. Beratung und Betreuung von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Mitgliedern in arbeits-, sozial- und tarifrechtlichen Fragen. Mitgliedergewinnung.

Anforderungen: Fachwissen durch (Fach-)Hochschule, Akademie der Arbeit oder Traineeprogramm oder Fachwissen durch die Arbeit in anderen gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen. Qualifizierte Kenntnisse im Arbeits-, Sozial- und Tarifvertragsrecht sowie in gesellschafts-, wirtschafts-, tarifpolitischen und betriebswirtschaftlichen Fragen. Erfahrung mit betrieblicher Interessenvertretung.

Bewerbungen: Bis 31. Oktober an die IG Metall Herford, z.H. Peter Kleint, Schillerstra 9, 32052 Herford. Telefon 05221/16 32-66.



Karikatur: Klaus Stüttmann